

Kurze Notizen

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht besichtigt am 19. Juli die Standorte des Heeres und der Luftwaffe in Kassel und wohnt am 20. Juli Pionierübungen an der Weser bei.

Der Reichskriegsminister hat für die Zeit vom 1. Juli ab bis auf weiteres die Vergütung für die in Anspruch genommene Quartierverpflegung auf 1,37 RM festgesetzt. Das daneben gewährte Quartiergeld beträgt für den Soldaten 30 Pfg.

Der Reichsstatthalter in Braunschweig und Anhalt, Boeper, hat mit sofortiger Wirkung die Auflösung sämtlicher Stahlhelmortgruppen des Kreises Dessau-Röthen wegen Widersehlichkeit gegen von ihm getroffene Maßnahmen angeordnet.

Den Abschluß der großen englischen Flottenchau in Portsmouth bildeten ein großes Feuerwerk und eine Illumination sämtlicher Kriegsschiffe, deren märchenhafte Wirkung noch dadurch erhöht wurde, daß alle Scheinwerfer eingeschaltet wurden.

Nach Blättermeldungen ist die französisch-spanische Grenze, nachdem die französisch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen einen jähen Abbruch erfahren haben, für Grenzschäfer so gut wie geschlossen. Die spanischen Behörden verlangen für den kleinen Grenzverkehr reguläre Pässe. Die französischen Behörden haben ähnliche Maßnahmen angeordnet. Man befürchtet eine Verschärfung der Lage, falls nicht binnen kurzem die Regierungen zu einem Abkommen gelangen.

Eine parlamentarische Erloswahl in West Lotheth (Riverpool) hat zu einer schweren Niederlage der Konservativen und zur Wiedereroberung des Wahlkreises durch die Sozialisten geführt. Der Kandidat der Arbeiterpartei, Gibbino, erhielt 14 908 Stimmen und der Konservative Cremlign 9585 Stimmen.

Spannungen im Donauraum

Mit Recht hat der englische Außenminister in seiner vielerörterten Unterhausrede davon gesprochen, daß man den Gefahrenpunkten, die sich in Mittel- und Osteuropa abzeichnen, ohne Verzögerung die vollste Aufmerksamkeit schenken müsse, wenn man einen neuen Weltbrand von diesem Wetterwinkel Europas aus verhindern wolle. Es bedeutet fürwahr ein unverantwortliches Spiel mit dem Feuer, wenn in den letzten Tagen immer wieder von Seiten der Kleinen Entente und insbesondere von der zugehörigen Presse der Kriegsruf verkündet würde, daß z. B. jeder Schritt, den Österreich auf dem Wege zur Rückkehr der Habsburger tue, „mit der Mobilmachung beantwortet werden würde“. Solche Drohungen können niemals eine Friedensatmosphäre schaffen, die vielleicht in keinem Teile des europäischen Festlandes so sehr vonnöten ist wie im Donauraum. Die Stellung Deutschlands zur Habsburger Frage ist allgemein bekannt, und auch die Aufhebung der österreichischen Habsburger Besetze, die vom Wiener Bundestag kürzlich beschlossen wurde, hat in deutschen Kreisen eine nüchterne Beurteilung gefunden, obwohl gerade Deutschland in dieser Frage weit berechtigtere Interessen zu vertreten hätte, als wie sie gewisse andere Großmächte aufzuweisen vermögen.

Die von der europäischen Öffentlichkeit stark beachtete Unterredung in Sinaia, der Sommerresidenz des rumänischen Königs, hat bei weitem nicht jene Klarheit gebracht, wie es namentlich von rumänischer Seite hingestellt wird. Dies trifft nicht nur zu für die Habsburger Frage, sondern ebenso für die bulgarisch-südslawischen Beziehungen, den Ostpakt und die Wiederherstellung der Monarchie in Griechenland. Die endgültige Entscheidung in allen diesen Fragen ist der neuen für Mitte August vorgesehenen Konferenz der Kleinen Entente vorbehalten. Welche Entwicklung die politischen Dinge bis dahin nehmen können, läßt sich angesichts der nervösen Haltung maßgebender dem Einfluß gewisser Mächte nicht abgeseigter Kreise nicht voraussagen.

Soweit sich das Ergebnis der Besprechung von Sinaia überlegen läßt, ist es dem südslawischen Prinzregenten Paul gelungen, Rumänien grundsätzlich für eine entschlossene Aktion gegen die Wiedereinsetzung der Habsburger zu bewegen. Es ist anzunehmen, daß auch die Tschechoslowakei diesem Schritt zustimmen wird, wenngleich es der Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit nicht entgangen ist, daß die Tschechoslowakei zu der Unterredung in Sinaia überhaupt nicht zugezogen worden ist. Namentlich in Südslawien hat das Austausch der Habsburger in der europäischen Politik große Beunruhigung hervorgerufen. Man befürchtet hier, daß die Habsburger Restauration eine Erschwerung der erstrebten inneren Beruhigung und Konsolidierung mit sich bringen könnte. Vor allem wird befürchtet, daß die Habsburger zu einem gefährlichen Werkzeug der italienischen Politik werden könnten. Hierbei ist nicht zu übersehen, daß es den verantwortlichen Männern Frankreichs nicht gelungen ist, das Mißtrauen Südslawiens gegen die italienische Politik zu beseitigen. Die anderen Staaten der Kleinen Entente sind nicht in gleichem Maße wie Südslawien habsburgfeindlich, und es ist maßgebenden Kreisen bekannt, daß über die möglichen Auswirkungen einer Habsburger Monarchie auf einen etwaigen Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs Außenminister Benesch bisher keine einheitliche Auffassung vertreten hat.

Es ist gewiß nicht richtig, nach Lage der gegenwärtigen Dinge von einer neuen Mächtegruppierung im Südosten zu sprechen, wonach Rumänien, Südslawien und Bulgarien sich unter Föhrung von der französischen Politik zu einem neuen Block verbinden würden. Zu solchen Behauptungen hat unzweifelhaft der Paktabschluß zwischen Prag und Moskau beigetragen, und auch die engen Beziehungen zwi-

Mussolini über die Abessinienfrage

Eine amerikanische Unterredung mit dem Duce

New York, 18. Juli.

Die New Yorker Blätter bringen in großer Aufmerksamkeit eine Unterredung mit Mussolini, die ein New Yorker Journalist, ein gewisser Hans von Kattenborn, mit dem Duce gehabt haben will. Auf die Frage, ob es nicht doch eine Möglichkeit zu einem gemeinsamen italienisch-französisch-englischen Protektorat gäbe, erwiderte Mussolini nach der Darstellung des amerikanischen Journalisten, daß ein solches Protektorat unmöglich sei und wörtlich: „Mehrseitige Protektorate sind wertlos“.

Auf die Frage, ob Italien aus dem Völkerbund auszutreten in Erwägung ziehe oder wünsche, gab der italienische Regierungschef die Antwort, daß er es durchaus nicht wünsche, Italien aus dem Völkerbund zu nehmen. Weiteren Mitteilungen des amerikanischen Journalisten zufolge soll Mussolini erklärt haben, daß es nach seiner Auffassung möglich sei, den Frieden zu wahren.

„Wir könnten uns mit Abessinien verständigt haben, sofern nicht gewisse Europa-Nationen gegen uns gearbeitet hätten. Unsere Freundschaft mit Frankreich hat diese Lage indessen geändert, und gegenwärtig wird kein wirklicher Druck gegen uns ausgeübt.“ Zum Schluß der Unterredung gab Mussolini seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Europakrieg für die nächsten Jahre wenig wahrscheinlich sei.

Englisch-französische Sorgen

Im Pariser „Deux“ wird erklärt, die Großmächte hätten jetzt zwischen ihren Interessen oder besser den Interessen des europäischen Friedens und dem Respekt vor dem Völkerbundspakt zu wählen. Avenols Reise nach London und Paris habe den Zweck, einen Zusammentritt des Völk-

terbundes zu verhindern, solange nicht Frankreich und England sich über eine mögliche Lösung des Streitfalles geeinigt hätten, zum mindesten aber über einen etwa notwendigen Schritt in Adis Abeba. Nach Edens Mißerfolg in Rom könne England nicht zu Verhandlungen übergehen. Daher habe der britische Botschafter in Paris den französischen Ministerpräsidenten gebeten, die Verhandlungen aufzunehmen.

Wenn Abessinien auf der Einberufung des Völkerbundes bestehen werde, werde der Rat am 25. Juli zusammentreten. Aber es könnte eine andere Atmosphäre geschaffen werden, wenn es gelingen würde, bis dahin gründliche Verhandlungen über die Einheit zwischen Paris, London und Rom stattfinden zu lassen, aber in den offiziellen Kreisen Londons und Paris' verwerfe man einen Feldzug gegen Abessinien. Denn dieses Land habe das Recht, als Völkerbundmitglied die Unverletzlichkeit seines Gebietes vom Völkerbund garantiert und sogar verteidigt zu sehen. England aber denke an die möglichen Rückwirkungen in Ägypten, und Frankreich sei Pate Abessiniens bei dessen Eintritt in den Völkerbund gewesen.

Vor allem seien London und Paris beforgt, einen Krieg zu verhindern, der, wie man heute sagen könne, das europäische Gleichgewicht stören würde. Ein Krieg würde dem Völkerbund den härtesten Schlag versetzen. Wenn auch nach Ansicht britischer Sachverständiger Italien den Negus schnell „zur Vernunft“ bringen werde, so glaube man in Frankreich, daß hierzu doch ein längerer Zeitraum nötig sei. Bis dahin aber könne es manche Gelegenheiten zum Auslösen von Ereignissen geben, die die europäische Lage noch verwickelter machen würden.

lichen Paris und Moskau haben nicht nur in der südslawischen Hauptstadt, sondern auch in weiten rumänischen Kreisen ernste Befürchtungen für die weitere Entwicklung der Balkanpolitik wachgerufen. Südslawien ist nicht gewillt, sich in die Front Paris-Prag-Moskau einzuordnen, und auch in Rumänien hat man sich bisher gegen eine Sowjetorientierung ebenso wie gegen eine faschistische Donaupolitik ausgesprochen. Auch Titulescu selbst hat sich erst durch den Druck der französischen Ostpolitik dazu treiben lassen, dieser Politik Borshub zu leisten. Und wenn auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Reise Titulescus nach Moskau von einem kommenden Garantiepakt zwischen Rumänien und Sowjetrußland gesprochen wird, so bleibt abzuwarten, ob die Führer Moskaus von ihrem bisher eingegangenen Standpunkt in der besarabischen Frage ablassen werden, das heißt gewillt sind, Besarabien endgültig an Rumänien abzutreten. Rumänien wird vor die Entscheidung gestellt, ob es seine bisherige Stellung im Rahmen der Kleinen Entente weiter behalten oder eine neue Orientierung zu den anderen Balkanmächten suchen wird. Der Zusammenstoß der beiden nationalen Rechtsparteien in Rumänien zu einem nationalen Block weist darauf hin, daß in Rumänien ebenso wie in Südslawien die Frage nach einer selbständigen nationalen Politik eng mit der Frage der Ordnung der Dinge im Innern verknüpft ist.

In der ausländischen, besonders in der französischen Presse, hat man sich auch in Zusammenhang mit den politischen Gesprächen in Sinaia bereit, Deutschland wegen seiner Haltung zu den einzelnen Donaufstaaten zu verdächtigen und ihm expansionistische Bestrebungen im Donauraum vorzuwerfen. Es erübrigt sich, auf den Inhalt dieser Beschuldigungen im einzelnen einzugehen, da von deutscher offizieller Seite wiederholt der Standpunkt zu allen aktuellen Donau- und Ostpaktfragen dargelegt worden ist. Die Regierung Adolf Hitlers hat keine Zweifel darüber gelassen, daß ihr nichts ferner liegt, als expansionistische und imperialistische Ziele zu verfolgen, wie dies, was namentlich von südslawischer Seite betont wird, von gewissen anderen Großmächten in reichlichem Maße verjagt wird. Die schwerwiegenden Donauprobeme, die gewiß nach den Worten Hoares einer beschleunigten Entscheidung bedürfen, befinden sich gegenwärtig noch zu sehr im Stadium der Erörterungen, als daß für die nächste Zeit mit dem Abschluß des Donaupaktes gerechnet werden kann. Die Beziehungen der einzelnen Donaufstaaten zueinander weisen, wie die Besprechungen der verschiedenen Staatsmänner der Donaufstaaten dies in den letzten Tagen gezeigt haben, noch so viele Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten auf, daß es eifriger Bemühungen bedarf, bis die zutage getretenen Spannungen im Donauraum beseitigt sind.

Adolf-Hitler-Marsch

Bekanntnis der Hitler-Jugend.

Zum diesjährigen Reichsparteitag veranlaßt die Hitler-Jugend einen großen Bekenntnis- und Propagandamarsch durch ganz Deutschland, der die Einheit der gesamten deutschen Jugend und den Leistungswillen der jungen Generation eindrucksvoll bezeugen soll: Der Adolf-Hitler-Marsch. Aus allen Gebieten der HJ. marschieren die Marscheinheiten mit sämtlichen Bannfahnen auf vorgeschriebener Marschstraße nach Nürnberg.

Am Tage der Eröffnung des Parteitages, am 10. September, treffen die Formationen in der Stadt der Parteitags ein und werden dort zu einer großen HJ.-Fahnen-Einheit zusammengestellt. Aus den Standorten der 25 Ge-

biete der HJ. marschieren die für den Adolf-Hitler-Marsch sorgfältig zusammengestellten Marschformationen in einer Stärke von etwa 50 bis 100 Hitler-Jungen und Führern, je nach der Länge des zurückzulegenden Weges, Ende Juli bis Anfang September ab. Das Gebiet Ostland, das den längsten Anmarschweg hat, versammelt bereits am 20. Juli seine Fahnenabteilungen am Königsberger SW.-Ehrenmal, wo sie vom stellvertretenden Gauleiter in einer feierlichen Feier verabschiedet werden. Der Marsch der Abordnung geht zunächst bis Pillau, von wo sie ein Dampfer des Seebienstes Ostpreußen nach Swinemünde bringt. In 35 Marschtagen geht es dann von der Ostküste über Stettin, Angermünde, Berlin, Potsdam, Bittenberg, Leipzig, Gera, Hof, Bayreuth nach Nürnberg. Die Marschleistung dieser Abordnung beträgt nahezu 800 Kilometer, die Gesamtmarschstrecke aller Gebiete beläuft sich auf 10 500 Kilometer.

Da selbstverständlich während des Marsches Körperertüchtigung getrieben wird, gibt er auch die beste Gelegenheit zur Abnahme der Prüfungen für das HJ.-Leistungsabzeichen.

Im Laufe des 10. September treffen die Abordnungen aller Gebiete in Nürnberg ein. Die 341 Fahnen mit den 1500 Begleitern werden zur HJ.-Fahnen-Einheit zusammengestellt und zur Besichtigung durch den Reichsjugendführer und zum Borbeimarsch am Führer einheitlich ausgerichtet.

Eine neue Verhaftung

Die Devotionschiebungen katholischer Orden.

Die Justizpressestelle Berlin teilt mit: Auf Veranlassung des Generalstaatsanwalts bei dem Landgericht in Berlin wurde im Rahmen der Ermittlungsaktion gegen Angehörige katholischer Orden der Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Aachen, Dr. Ing. Josef Piret, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit eingeliefert. Gegen ihn liegt richterlicher Haftbefehl wegen Teilnahme an Devotionsverbrechen vor.

In der vor einigen Wochen durchgeführten Verhandlung gegen die Generaloberin der Kölner Augustinerinnen, Schwester Neophitia, geborene Maria Wente, die mit einer Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und 121 000 Mark Geldstrafe endete, hatte sich der Verdacht ergeben, daß Professor Piret die Angeklagte zu ihren Devotionschiebungen angeflistete hatte. Dieser Verdacht hat sich inzwischen so verstärkt, daß nunmehr die Verhaftung des Beschuldigten erfolgen mußte.

Von gestern bis heute

Lettische und finnische Kriegsschiffe kommen nach Kiel.

Vom 31. Juli bis 3. August werden finnische Flotten- teile, das Küstenpanzerschiff „Wäänämöinen“, das Kanonenboot „Hämeenmaa“ und die beiden U-Boote „Aku-Turso“ und „Betehtinen“, Kiel besuchen. Am 10. August werden auf einer Übungsfahrt über Memel und Karlskrona (Schweden) außerdem die lettischen Kriegsschiffe „Birgaitis“, zwei Minensuchboote und die beiden U-Boote „Konis“ und „Epidola“ (395 Tonnen groß) Kiel für einige Tage anlaufen.

Ein neuer Zwischenfall in Velsko.

Wie aus Velsko gemeldet wird, wurde bei dem Begräbnis eines der Opfer der Unruhen des Wochenendes an der Ecke der Poststraße ein Schuß auf den Leichenzug abgefeuert. Ein junger Mann wurde von der Kugel ins Bein getroffen. Unter allgemeiner Aufregung stürzten sich viele hundert Menschen auf das Haus, aus dem der Schuß ab-